

Klaus Mühlhahn: Geschichte des modernen China: Von der Qing-Dynastie bis zur Gegenwart

München: C.H. Beck, 2021. 760 S., 39,95 €. ISBN 9783406765063

Rezension von Thomas Weyrauch

Unter dem Titel „Making China Modern. From the Great Qing to Xi Jinping“ wurde dieses Buch bereits 2019 bei der Harvard University Press veröffentlicht und von Kritikern positiv aufgenommen. So bezeichnete es etwa der ehemalige Sprecher des US-Repräsentantenhauses Newton Gingrich als „masterpiece“. Die deutsche Fassung ist nun in der bei C. H. Beck verlegten Historischen Bibliothek der Gerda Henkel Stiftung erschienen, die „ausgewiesenen Wissenschaftlern die Möglichkeit“ gibt, „grundlegende Erkenntnisse aus dem Bereich der Historischen Geisteswissenschaften einer interessierten Öffentlichkeit näher zu bringen“ (s. www.chbeck.de/buecher/reihen-sachbuch/historische-bibliothek-der-gerda-henkel-stiftung/). Mühlhahn befindet sich in dieser Reihe in Gesellschaft weiterer bedeutender Autoren wie Hermann Parzinger, Jürgen Osterhammel oder David Nirenberg.

Der Verfasser und sein Verlag bringen zu einer Zeit ein Buch heraus, in der es an Arbeiten zur Geschichte Chinas nicht mangelt. Warum sollte man also gerade dieses Buch schreiben, verlegen, lesen oder besprechen?

Bei seiner Buchvorstellung an der University of Southern California am 3. Oktober 2019 nannte er seine Ziele, nämlich die verborgene Vergangenheit hinter der Gegenwart zu enthüllen, auszuführen und den Sinn zu ergründen, sowie Muster, Gründe und Konsequenzen geschichtlicher Abläufe aufzuzeigen.

Schon nach wenigen Seiten der Lektüre wird diese Absicht erkennbar, denn im Gegensatz zu den meisten Darstellungen historischer Entwicklungen Chinas beschränkt sich Mühlhahn, der explizit den Schwerpunkt seiner Untersuchung auf die Institutionengeschichte legt, nicht nur darauf, Herrschaftshistorie um einige Informationen zu wirtschaftlichen oder kulturellen Fakten zu ergänzen. Vielmehr zieht er alle Register moderner Geschichtswissenschaften zur Methodik und zu den oft vernachlässigten Feldern der umwelt-, ideen-, sozial-, regional- oder weltgeschichtlichen Vorgänge.

Mühlhahn definiert „modern“ nicht normativ, sondern rein zeitlich, d. h. im Hinblick auf China seit dem Beginn der Qing-Dynastie 1644. Folglich gliedert er sein Werk in drei Systemabschnitte, nämlich der letzten kaiserlichen Dynastie, der republikanischen und der volksrepublikanischen Epoche. Über die Sinnhaftigkeit bestimmter Untergliederungen kann man streiten, wenn der Verfasser beispielsweise das „ruhmreiche Zeitalter“ der Qing von 1644 bis 1800 und nicht bis 1820, dem Jahr der maximalen territorialen Ausdehnung, oder den Sturz des Kaiserreiches nicht 1911, sondern auf den ersten Blick neblig zwischen 1900 und 1919 verortet.

Mühlhahns Begründungen seiner zeitlichen Einordnung sind jedoch gegen derartige Kritik gewappnet.

Der Niedergang des Qing-Systems ist gewiss am Verlauf der Boxer-Rebellion im Jahr 1900 ablesbar, doch schon lange zuvor waren ökologische Veränderungen für den Niedergang der Kaiserherrschaft ursächlich, wie Mühlhahn unter Berufung auf Historiker wie Kenneth Pomeranz oder Jack Goldstone konstatiert. Hinzu fügen sich weltweite Herausforderungen für solche Reiche.

Echtes Reformbemühen „in Richtung des Aufbaus eines intrusiveren, expansiven und mächtigen Staates“ erfasste Qing-China erst nach 1900 (S. 231). Mühlhahn sieht damit noch lange nicht das Ende, das staatsrechtlich folgen sollte, sondern mit einem radikal neuen „Ansatz auf der Grundlage wissenschaftlicher Vernunft und objektiver Wahrheit – kurz gesagt: einer neuen Kultur – als die einzige Lösung“ (S. 253). Damit wären wir mit Mühlhahn beim 4. Mai 1919. Aber konnte sich die neue Kultur durchsetzen, gab es nicht in der Folgezeit eine Neuauflage feudalistischer Denkweisen und neue „Kaiser“?

Ein kleiner Schnitzer ist die Bezeichnung „Provinz Liangjiang“ (S. 180, 214), die man vergeblich auf der Karte der Qing-Provinzen (S. 45, 124 f.) suchen wird. Sie ist nämlich irreführend und sollte besser im Plural in „Liangjiang-Provinzen“ geändert werden. Damit waren in der späten Qing-Dynastie die Provinzen Jiangsu, Jiangxi, and Anhui (兩江 „Zwei Jiang“, für die erste Silbe von Jiangsu und Jiangxi) gemeint, die unter der Supraverwaltung eines Zongdu (總督 „Generalgouverneur“, engl. „viceroys“) standen.

Zur Republik China: Die Politik der Warlords 1916 bis 1927/28 wird nur sehr cursorisch behandelt, etwa ihre Zahl, ihre zentralen Führungspersonen, die von ihnen erhobenen erdrückenden Steuern, die Misswirtschaft und ihre Kriege zwischen 1920 und 1926.

Viele Wahlen, Parlamente und Verfassungsentwürfe der republikanischen Epoche zwischen 1911 und 1949 bleiben unberücksichtigt. Wenn die Institutionengeschichte im Mittelpunkt steht, dann sollten die Parteienvielfalt, darunter die Bedeutung der Sozialdemokratie als oppositionelle Organisation für Menschen- und Bürgerrechte und ihr Vorsitzender Zhang Junmai als Architekt der Verfassung von 1946 erwähnt werden.

Zudem bleiben einige Fragen offen: Es wird nicht deutlich, warum beispielsweise Jiang Jieshi (Chiang Kaishek) 1927 mit den Kommunisten brach. War es lediglich Machtgier oder Undankbarkeit gegenüber den sowjetischen Unterstützern? Man vermisst als Gründe vorangegangene Gewaltakte der KP oder die Einmischung sowjetischer „Berater“ bzw. den Anlass einer Putschvorbereitung, welche die Stürmung der sowjetischen Botschaft in Peking durch Soldaten des Warlords Zhang Zuolin offenbarte. In allen chinesischen Medien wurde darüber breit berichtet, was zum Bruch der GMD mit der KP führte und zugleich die verfeindeten GMD-Faktionen zusammenschweißte.

Für den Zeitraum ab 1945 beschäftigt sich Mühlhahn weniger mit der Peripherie Chinas (Tibet, Xinjiang, Mongolei, Taiwan oder Hongkong), als er das für den Zeitraum der Qing tut, doch dürfte dem Leser hierbei sehr schnell deutlich werden, dass der Fokus jener Geschichtsdarstellung auf dem chinesischen Kernland liegt.

Es wäre jedoch wünschenswert gewesen, wenn er beispielsweise die Entwicklung Hongkongs vor 1997, die Retrozession Taiwans an China auf der Basis des Kapitulationsvertrages von Tōkyō bzw. des republikchinesisch-japanischen Vertrages von Taibei (1945, 1952), die Verlegung der Verfassungsorgane von Nanjing nach Taiwan, das weitere Schicksal der Insel sowie die völkerrechtliche Situation der Republik China ausgeführt hätte. In diesem Zusammenhang hätte er möglicherweise darauf verzichtet, von einer „Flucht der Regierung ins Exil nach Taiwan“ (S. 392) zu schreiben. Wenn die Regierung 1949 ihren Sitz von Nanjing auf die seit vier Jahren wieder zum chinesischen Staatsverband gehörigen Insel verlegte, dürfte nicht von einem Exil ausgegangen werden.

Den größten Raum in Mühlhahns Geschichtsdarstellung nimmt die Volksrepublik China ein, deren globale Wirkung in 72 Jahren wesentlich größer als die 268 Jahre währende Mandschurendynastie werden sollte. Der KP-geführte Staat entstand aus dem Niedergang der Republik China, die eine Phase großer intellektueller Freiheit und künstlerischer Kreativität geprägt hatte. Zugleich wurde sie nach dem Zweiten Weltkrieg als schwach, korrupt und repressiv wahrgenommen. „Die von Krieg und Zerstörung erschöpfte Bevölkerung sehnte sich nach einem Neuanfang“ (S. 382, 386).

Spätestens an dieser Stelle wäre es angebracht zu erwähnen, dass der Sieg der kommunistischen Einheiten in erster Linie ein militärischer war. Es sollte erläutert werden, warum die KP an von Sowjettruppen erbeutete japanische Waffen in der Mandschurei gelangte, obwohl diese vertragsgemäß von der Sowjetunion an die chinesische Nationalregierung übergeben werden sollten.

Den dritten Teil „Die Umgestaltung Chinas“ eröffnet Mühlhahn literarisch mit einem sonnigen Herbsttag, an dem der neue Staat ausgerufen wurde, macht aber schnell deutlich, was folgen sollte:

Als Mao Zedong fast drei Jahrzehnte später 1976 starb, waren die Hoffnungen auf Erneuerung verfliegen [...]. Die Geschichte der ersten drei Jahrzehnte der Volksrepublik China ist daher eine Geschichte von ehrgeizigen Bestrebungen und bitteren Enttäuschungen, von Neuanfängen und harten Landungen, von Experimenten und deren Scheitern (S. 386).

Die Folgeseiten offenbaren sowohl sonnige Versprechungen als auch deren Kehrseite in Gestalt einer Gewaltherrschaft der Kommunistischen Partei Chinas: Die erzwungene Kollektivierung, die Diktatur der KPCh unter der Bezeichnung „Neue Demokratie“, zahllose Einschüchterungskampagnen, Hinrichtungen, öffentliche Tribunale, Folter, Säuberungen, ein Netz von Gefangenenlagern, Hungersnöte von 16 bis 45 Millionen Todesopfern.

Die Zeit der Reformen und Öffnung des Landes nach Maos Tod und der Entmachtung seiner engsten Anhänger brachte eine Wende in der Wirtschaftspolitik und sogar eine begrenzte Liberalisierung, die aber mit der Verhaftung Oppositioneller bzw. mit der Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989 ihr Ende fand. Dies verhinderte nicht den steilen Wirtschaftsaufschwung und die wachsende Stärke in der Weltpolitik. Im Gegenteil: China scheint eine lange Phase der Stabilität nach 1989 zu durchleben. Doch eine Analyse von Xi Jinpings Politik lässt Zweifel zu. Die Phänomene einer scheinbaren Geschlossenheit der Partei mit ihrer elitistischen Ausrichtung, des stärkeren Wettbewerbs um Funktionen (Ämter im öffentlichen Dienst, Dorfwahlen), des – nicht zuletzt durch den günstigen Verlauf der Covid 19-Pandemie bedingten – verbreiteten Nationalstolzes, der elektronischen Überwachung der Bevölkerung, des Sozialkreditsystems, einer absurden Verbotskultur und nicht zuletzt von Xis unangefochtener Autokratie führen nach Mühlhahns Überzeugung nicht zu einer dauerhaften Herrschaft der inzwischen hundertjährigen Kommunistischen Partei Chinas. Vielmehr resultiert die repressive Innenpolitik in einem Reformstau, der ungelöste Probleme perpetuiert. Eine „Übergangsfalle“ (*trapped transition*) (S. 617) erinnere an das Dilemma, in der man sich während der späten Qing-Zeit befunden habe. „Wann und wie China ein partizipatorischeres und legitimeres System einführen und ob die Partei den Prozess überleben wird, sind die wichtigsten Fragen zu Chinas politischer Zukunft“ (S. 665). Mühlhahns gewinnbringende Makrogeschichte bietet Stoff zu neuen Überlegungen, Diskussion und Widerspruch einer weitreichenden Leserschaft, die auch Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik einschließen sollte.

Stil und Sprache sind auf gute Lesbarkeit abgestellt. So verzichtet der Autor auf eine (noch) größere Fülle von Personennamen und benutzt populäre Umschriften oder Termini statt der in Sinologie oder Politologie gebräuchlichen (Chiang Kaishek statt Jiang Jieshi, Fraktion statt Faktion für eine innerparteiliche Gruppierung).

Einige Bilder, wie das des Eis essenden Warlords Ma Hongkui, auf den Mühlhahn ansonsten nicht eingeht, sind entbehrlich, keinesfalls aber das hervorragende Kartenmaterial.

Würde der Verfasser sämtliche Wünsche des Rezensenten berücksichtigen, so könnte das Werk auf über 800 Seiten anschwellen. Die Freude des Kritikers wäre immens, die Zahl der Leser jedoch möglicherweise kleiner. Einem großen Wurf verzeiht man diese Unterlassung.

Dr. iur. Thomas Weyrauch
dr.thomas.weyrauch@gmx.de